

Nr. **XIX. GP.-NR**
1721 /J
1995 -07- 14

A N F R A G E
gem. § 91 GOG

der Abgeordneten Böhacker, Dr. Haider
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die "Aktion scharf" und Erpressungsversuche und Amtsmissbrauch eines leitenden Finanzbeamten

Im Rahmen einer gegen Kleingewerbetreibende in Wien durchgeführten Betriebsprüfungsaktion wurde unter anderem die Firma des Franz Joseph Mercedes, StNr. 780/2090 von einem leitenden Finanzbeamten des für den 17. Wiener Gemeindebezirk zuständigen Finanzamtes zu einem sogenannten "Vieraugengespräch" aufgesucht. Der Beamte schlug vor, daß der Steuerpflichtige S 10.000,-- an ihn bezahlen sollte, damit das Betriebsprüfungsverfahren eingestellt werde. Der genannte Steuerpflichtige ging jedoch auf diese Erpressung nicht ein, da er eine reine Weste hat und meldete den Amtsmissbrauch, den er nachweisen könnte, den Dienstaufsichtsbehörden in der Finanzlandesdirektion und dem Bundesministerium für Finanzen.

Aus gegebenem Anlaß und aus Sorge um das Ansehen der Finanzverwaltung stellen daher die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E

- 1.) Haben Sie die Anzeige des Franz Joseph Mercedes in den Dienstaufsichtsbehörden zur Kenntnis genommen und welche Erhebungen haben Sie in der Folge gegen den straffällig gewordenen Finanzbeamten in welcher Art und Weise und wann durchgeführt ?

- 2.) Werden Sie als Dienstaufsichtsbehörde Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Erpressung oder Amtsmißbrauch erstatten ?
Wenn ja, wann und mit welchem Inhalt ?
Wenn nein, warum nicht ?
- 3.) Wird dieser straffällig gewordene Finanzbeamte suspendiert werden ?
Wenn ja, wann ?
Wenn nein, warum nicht ?
- 4.) Werden Sie Erhebungen durchführen oder veranlassen (etwa über Ihre Abteilung "Interne Revision"), wieviele Steuerpflichtige von ähnlichen Erpressungsversuchen heimgesucht wurden ?
Wenn ja, wann und mit welchen Vorgaben ?
Wenn nein, warum nicht ?
- 5.) Werden Sie Steuerbescheide, die aufgrund ähnlicher Erpressungsversuche zustande gekommen sind, im Rahmen der verfahrensrechtlichen Möglichkeiten aufheben ?
Wenn nein, warum nicht ?
- 6.) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit Korruption in der Finanzverwaltung nicht weiter um sich greifen kann ?